

Sozialstaat im Kapitalismus

1

Der Markt und der Interessengegensatz von Arbeit und Kapital

Wir leben im *Kapitalismus*. In einer solchen Gesellschaft sind die Garantie des Privateigentums und privater Vermögensbesitz grundlegend.

Kapital und Arbeit

Eine bestimmte Art von Vermögen spielt im Kapitalismus eine besondere Rolle: das *Produktivvermögen*. Es umfasst insbesondere Maschinen und Anlagen, Patente, Immobilien und Rohstoffe. Seine Besonderheit beruht darauf, dass mit seiner Hilfe Güter oder Dienstleistungen hergestellt werden.

Ein Teil der Gesellschaft verfügt über wenig oder kein Vermögen. Diese Menschen müssen einer abhängigen Beschäftigung nachgehen, für die sie bezahlt werden. Ein anderer Teil der Gesellschaft verfügt über Produktivvermögen. Diese Kapitalist:innen besitzen *Kapital*. Kapital ist Geld oder Vermögen, das investiert wird, um Gewinn zu erzielen. Kapitalbesitzende beschäftigen dazu andere Menschen – unmittelbar als Unternehmerinnen oder mittelbar als Anteilseigner an Unternehmen. Sie kaufen die *Arbeitskraft* der abhängig Beschäftigten (Arbeiter:innen), um mit dieser und mit dem eigenen Produktivvermögen Güter herzustellen oder Dienstleistungen zu erbringen.

Um Güter und Dienstleistungen verkaufen zu können, müssen diese ein gesellschaftliches Bedürfnis erfüllen.¹ Aus Sicht der Kapitalbesitzenden ist dies allerdings nur Mittel zum Zweck: Sie wollen durch die Produktion ihrer Waren Geld verdienen und so das eigene Vermögen vergrößern.

Der Gegensatz zwischen Arbeiter:innen sowie Kapitalist:innen zeigt sich auch bei den Einkommen. Arbeitsentgelte, also Löhne und Gehälter, sind Einkommen aus abhängiger Beschäftigung. Ihnen stehen Kapital- und Gewinneinkommen gegenüber.

Diese Sozialstruktur ist so grundlegend, dass unsere Gesellschaft als *Klassengesellschaft* bezeichnet werden kann. Sie ist in die Klasse der Arbeiter:innen auf der einen und die Klasse der Kapitalist:innen auf der anderen Seite gespalten. Vereinfachend werden diese auch als »Arbeit« und »Kapital« bezeichnet.²

Weil Kapitalist:innen über Kapital verfügen, kommt ihnen ökonomische Macht zu. Durch ihre Investitionstätigkeit schaffen und erhalten sie Arbeitsplätze und Einkommen. Auf beides sind erwerbstätige Mitglieder der Arbeiterklasse angewiesen,³ weshalb sie auch als »abhängig Beschäftigte« bezeichnet werden. Sie haben nichts anderes zu verkaufen als ihre Arbeitskraft. Gegenüber ihren Arbeitgebern befinden sie sich daher in einer strukturell schwächeren Verhandlungsposition. Arbeitgeber haben ein Macht-Übergewicht. Dies gilt umso mehr, als sie in der Regel Informationsvorsprünge etwa hinsichtlich der Gehälter und Geschäftszahlen im eigenen Unternehmen und in der Branche haben.

Die Investitionstätigkeit der Kapitalist:innen bestimmt zudem in hohem Maße das kollektive Produktions- und Wohlstandsniveau sowie die Arbeitsmarktlage. Deshalb bedeutet die ökonomische Macht des Kapitals zugleich politische Macht. Reichtum bedeutet Einfluss, auch in der Politik demokrati-

scher Länder. So sind politische Entscheidungen regelmäßig systematisch zu Gunsten der Interessen der oberen Berufs- und Einkommensgruppen, der Kapitalbesitzenden sowie der Unternehmen verzerrt. Dies belegen Studien etwa zu den USA und zu Deutschland. Ärmere Bevölkerungsgruppen hingegen üben keinen systematischen politischen Einfluss aus. Bei alledem spielen die Mehrheitsverhältnisse im Parlament und die Zusammensetzung der Regierung kaum eine Rolle. Ungleichheit führt so zu politischen Entscheidungen, die die soziale und politische Ungleichheit verschärfen.⁴

Interessengegensatz

Zwischen Arbeit und Kapital besteht ein Interessenkonflikt, der moderne kapitalistische Staaten und Gesellschaften prägt. Das primäre Ziel der Kapitalist:innen ist es, Profite (und damit ihre Einkommen) zu steigern. Da Unternehmen am Markt über den Preis miteinander konkurrieren, besteht ein Zwang, die Produktionskosten möglichst gering zu halten. Nur so können die Produktion abgesetzt, Gewinne erzielt und bestenfalls Konkurrenten aus dem Markt gedrängt werden. Drücken lassen sich die Kosten beispielsweise über eine schlechte Bezahlung, unbezahlte Mehrarbeit, keine oder wenig soziale Absicherung und einen geringen Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Das Interesse der abhängig Beschäftigten ist ein anderes als das der Unternehmen. Sie sind auf ein angemessenes Arbeits-einkommen angewiesen, wünschen menschenwürdige Arbeitsbedingungen, Mitsprache am Arbeitsplatz, wollen gegen die Unwägbarkeiten des Lebens und des kapitalistischen Arbeitsmarkts abgesichert sein. Das Profitstreben und die Zwänge der Konkurrenz erlauben es dem Kapital allenfalls begrenzt, diesen Interessen zu entsprechen.

Aus dem Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital folgt eine grundlegend unterschiedliche Sicht auf Gesellschaft

und Wirtschaft. Kapitalist:innen und ihnen nahestehende Journalistinnen, Lobbyisten usw. haben oft eine einzelbetriebliche Perspektive. Ein Beispiel: Ein einzelnes Unternehmen hat durch niedrigere Löhne Kostenvorteile in der Konkurrenz zu anderen Unternehmen. Es kann mehr absetzen, mehr produzieren und im Ergebnis höhere Profite einstreichen. Aufgrund der höheren Produktion wird es auch mehr Menschen beschäftigen.

Kapitalist:innen übertragen diese einzelbetriebliche Perspektive nun allerdings gerne auf die gesamte Volkswirtschaft: Wenn die Löhne überall sinken, dann wüchsen auch Produktion und Beschäftigung überall. Das aber ist falsch gedacht. Denn was für ein einzelnes Unternehmen in der Konkurrenz mit anderen vorteilhaft ist, schlägt oft ins Gegenteil um, wenn diese Vorteile allen Unternehmen zugutekommen. Um beim Beispiel zu bleiben: Lohnsenkungen auf breiter Front führen zu geringeren Konsumausgaben der Privathaushalte. Dieses Wegbrechen der Binnennachfrage sorgt bei gleichbleibenden Preisen für Umsatzrückgänge bei den Unternehmen, die entsprechend ihre Produktion einschränken und Arbeitsplätze abbauen. Wenn die Unternehmen hingegen mit Preissenkungen reagieren, droht eine Deflation mit desaströsen Folgen. Konsument:innen werden Käufe zurückhalten, weil sie weiter fallende Preise erwarten. Für die Unternehmen führt das zu einer steigenden realen, also um die Preissenkungen bereinigten Schuldenlast bei gleichzeitig geringeren Erlösen.

Arbeit als (fiktive) Ware?

Aus dem Interessengegensatz zwischen Arbeit und Kapital ergeben sich auch gegensätzliche Sichtweisen auf Erwerbsarbeit. Dabei wird die öffentliche und politische Debatte häufig durch die Sicht der Kapitalseite bestimmt. Der Arbeitsmarkt erscheint aus Unternehmenssicht als ein Markt wie jeder an-

dere. Dort treffe das Angebot an Arbeitskraft auf die Nachfrage durch die Unternehmen. Der Lohn sei der Preis, der sich am Markt herausbilde. Insofern unterscheide sich Arbeitskraft nicht von Haarschnitten, Kartoffeln oder Fahrrädern, und der Arbeitsmarkt nicht von den entsprechenden Dienstleistungs- und Gütermärkten.

Von politisch linker Seite wurde dem schon früh widersprochen. Es gibt dabei zwei besonders wichtige Einwände. Einer geht auf den Ökonomen *Karl Marx* (1818-1883), der andere auf den Wirtschaftshistoriker *Karl Polanyi* (1886-1964) zurück.

Marx argumentiert, dass Kapitalist:innen Arbeitskraft als »Ware« kaufen, um damit wiederum Waren zu produzieren. Der Wert einer Ware werde stets durch die zu ihrer Herstellung gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bestimmt. Das gelte auch für die »Ware« Arbeitskraft. Ihr Wert (und damit der Lohn) bestimme sich durch die Arbeitszeit, die notwendig ist, um jene Existenzmittel herzustellen, die die Arbeiter:innen zur Sicherung ihres Daseins kaufen müssen. Hierdurch ergebe sich eine Differenz zwischen dem Wert der »Ware« Arbeitskraft und dem Wert der produzierten Waren. Diese Differenz bezeichnet Marx als »Mehrwert«. Ihn eigneten sich die Kapitalist:innen an, um ihr Kapital zu mehren.

Dies schließt nicht aus, dass die Höhe der Löhne schwankt und umkämpft ist. Die konkrete Lohnhöhe ergibt sich nach Marx aus den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, der individuellen Verhandlungsmacht sowie Klassenauseinandersetzungen. Während das Kapital seine Profite durch niedrige Löhne ausweiten möchte, wollen Arbeiter:innen hohe Löhne durchsetzen. Letzteres sah Marx mit Sympathie. Der politische Kampf sollte in seinen Augen allerdings nicht vorrangig für höhere Löhne im Kapitalismus geführt werden, sondern darum, das Lohnsystem zu überwinden.⁵

Ein großer Teil der Arbeiterbewegung ist Marx an diesem Punkt nicht gefolgt. Wohl aber folgte und folgt sie ihm in der Überzeugung, dass Lohnarbeit ebenso zentral wie problembehaftet ist. Und sie folgte und folgt ihm in der Überzeugung, dass nicht vorrangig Angebot und Nachfrage, sondern die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit die Höhe der Löhne bestimmen.⁶ Tatsächlich ist die Bandbreite von Klassenauseinandersetzungen im geschichtlichen Rückblick enorm. Sie reicht von unauffälligen Tarifverhandlungen über robuste Streiks, Aussperrungen und Polizeigewalt bis hin zu Mord und Folter durch Staat oder Kapital.⁷ Der Internationale Gewerkschaftsbund berichtet regelmäßig über drastische Fälle der Verletzung von Gewerkschaftsrechten.⁸

Eine weitere Besonderheit der »Ware« Arbeitskraft hat Polanyi herausgearbeitet. Er bezeichnet Arbeit – wie auch Boden und Geld – als »fiktive Waren«. Diese werden zwar auf Märkten gehandelt, aber im Gegensatz zu den anderen Waren nicht für den Verkauf produziert. Dass sie wie normale Waren gehandelt werden, habe erhebliche gesellschaftliche Auswirkungen. So ist Arbeit untrennbar mit dem Menschen verbunden. Wer über die Arbeitskraft eines Menschen verfügt, der verfügt über den Menschen – über seinen Körper, seinen Geist und seine Moral. Und deshalb gilt laut Polanyi auch: Wer Arbeitskraft dem Markt unterordnet, ordnet diesem ganze Gesellschaften unter.

Polanyi argumentiert, dass der kapitalistische Staat ab dem 19. Jahrhundert die Aufgabe übernommen hat, den sich selbst regulierenden Markt von gesellschaftlichen Begrenzungen zu befreien. Die Idee hinter dieser Politik: Eine Gesellschaft dürfe die Entwicklung der Märkte nicht bremsen; sie dürfe keine nicht-marktlichen Einkommen zulassen; sie dürfe nicht in Preise eingreifen. Das aber führt, wie Polanyi kritisch feststellt, bei den fiktiven Waren Arbeit, Geld und Boden zu sozialen Verheerungen. Es komme deshalb zu Gegenbewegungen, zu

neuen Begrenzungen des Marktes. Gesellschaften wehren sich, und zwar keineswegs »nur« Arbeiter:innen. Polanyi spricht dabei von einer »Doppelbewegung«: Den immer wieder aufs Neue erfolgenden Maßnahmen zur Entfesselung von Märkten, auch Arbeitsmärkten, stehen immer wieder neue Regulierungs- und Schutzmaßnahmen gegenüber.⁹

Mit Marx und Polanyi lässt sich ein permanenter Kampf der Mehrheit einer Gesellschaft gegen die nie endenden Zumutungen des Kapitalismus erkennen. Es geht um angemessene Teilhabe am erwirtschafteten Wohlstand, um Schutz vor den Auswirkungen der Märkte, um Grenzen der Kapitalverwertung, um Menschenwürde.